



Medienmitteilung

SPERRFRIST: 23. FEBRUAR 2009, 10 UHR

SCHWEIZER FORDERN HÄRTERES VORGEHEN GEGEN JUGENDKRIMINALITÄT

Umfrage zeigt Volkswillen in Jugend-, Familien-, Energie- und Steuerpolitik auf

Die jährliche Umfrage „Perspektive Schweiz“ hat 20'903 Bürgerinnen und Bürger zu den Problembereichen Jugendkriminalität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steuersystem, Stromversorgung sowie Landwirtschaft befragt. Die repräsentativen Ergebnisse zeigen, dass speziell ein härteres Vorgehen – aber auch mehr Prävention – gegen Jugendkriminalität gefordert werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung möchte zudem das Steuersystem vereinfachen und den Steuerwettbewerb abschaffen, mit Energiesparmassnahmen die Stromlücke bekämpfen und mit mehr Mittagstischen und Krippen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Hauptsponsoren:



news.ch

Bekämpfung Jugendkriminalität – mehr Prävention und härtere Strafen gefordert

Zur Bekämpfung von Jugendkriminalität möchte eine Mehrheit von über 60% der Bevölkerung auf verstärkte Prävention und härtere Bestrafungen von kriminellen Jugendlichen setzen. So sollen nach der Meinung von 71% der Bevölkerung Jugendliche bei schweren Straftaten nicht mehr nach dem Jugendstrafrecht, sondern nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft werden. Speziell bei den Wählern der SVP erreicht dieser Vorschlag mit einem Ja-Anteil von 90% fast Einstimmigkeit.

Nach der Meinung der Bevölkerung sollen aber nicht nur die Jugendlichen härter bestraft, sondern auch die Eltern mehr in die Verantwortung genommen werden. 56% befürwortet, dass Eltern für die Straftaten ihrer Kinder gebüsst werden können (28% Nein, 16% Weiss nicht). Speziell in den Kantonen Graubünden und Waadt findet sich eine hohe Zustimmung. Bei wiederholt straffällig gewordenen ausländischen Jugendlichen befürworten 64% der Schweizer Bürger gar die Ausschaffung des Minderjährigen und seiner Familie (26% Nein, 10% Weiss nicht).

Weitere Sicherheit soll die Präsenz von Polizisten an Schulen mit hoher Jugendkriminalität und ein Verkaufsverbot für Alkohol zwischen 21 Uhr und 7 Uhr ausserhalb von Gaststätten bringen.

Ausgestaltung des Steuersystems – Abschaffung von Steuerabzügen und des Steuerwettbewerbs mehrheitsfähig

Die Gestaltung eines effizienten und gerechten Steuersystems ist ein politisches Dauerthema. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung Handlungsbedarf beim Steuerwettbewerb, der Ehebesteuerung und den Steuerabzügen sieht.

Eine Mehrheit von über 60% der Bevölkerung glaubt, dass der Steuerwettbewerb primär nur reichen Personen hilft und möchte ihn deshalb für Einkommen über 300'000 Franken pro Jahr abschaffen (26% Nein, 14% Weiss nicht). Die Abschaffung des Steuerwettbewerbs findet speziell in der Westschweiz und den Wählern der SP und den Grünen hohe Zustimmung. Auch bei Personen mit mehr als 12'000 Fr. Einkommen pro Monat findet sich noch eine Mehrheit.

Die Bevölkerung empfindet aber nicht nur den Steuerwettbewerb, sondern auch das heutige System der Steuerabzüge tendenziell als ungerecht. Eine knappe Mehrheit fordert deswegen die Steuerabzüge abzuschaffen und dafür die Steuersätze zu senken (41% Ja, 35% Nein, 24% Weiss nicht).

Ein klares Votum gibt die Bevölkerung zum Thema Ehebesteuerung ab. 92% der Bevölkerung möchte, dass die Ehestrafe in für Doppelverdiener abgeschafft oder zumindest weiter gemildert wird. Konkret sprechen sich 50% für die Einführung der Individualbesteuerung aus; 42% möchten zwar die Einkommen von Ehepaaren weiterhin zusammen versteuern, aber die Ehestrafe weiter mildern. Die Einführung der Individualbesteuerung findet speziell bei Personen über 35 Jahren oder mit Wohnsitz in der Deutschschweiz anklang.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – mehr Fremdbetreuung, aber kein Vaterschaftsurlaub

Rund die Hälfte der Bevölkerung ist mit der aktuellen familienpolitischen Situation unzufrieden. Besonders unzufrieden sind Frauen, Bewohner der Westschweiz und Wähler der Parteien PdA,



SP und Grüne. Immerhin 53% der Bevölkerung fordert, dass sich der Staat stärker für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt. Insbesondere wird eine stärkere Förderung von Fremdbetreuungsangeboten wie Krippen, Mittagstische und Tagesschulen befürwortet. Die Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs wird jedoch klar verworfen. Speziell bei älteren Personen, Männern und in der Deutschschweiz wird der Vaterschaftsurlaub deutlich abgelehnt. Befürwortet wird hingegen, dass Vater und Mutter sich zukünftig die heutigen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub teilen können.

Verhinderung Stromlücke – Stromsparen und Ersatz der bestehenden AKWs als Lösung

Nimmt der Stromverbrauch weiterhin wie bisher zu, so fehlt es gemäss Studien in der Schweiz ab dem Jahr 2013 an Spitzenenergie und ab dem Jahr 2018 an Bandenergie. Zur Verhinderung eines Stromengpasses ist die Bevölkerung der Meinung, dass vorwiegend auf strikte Einsparungen (46%) und eine erhöhte Stromproduktion im Inland (44%) gesetzt werden soll. Importe werden nur von einer Minderheit (5%) als primärer Lösungsansatz begrüsst. Speziell Frauen, die Wähler der Grünen und der SP sowie Personen mit akademischer Bildung vertreten die Meinung, dass primär striktes Stromsparen einen Engpass bei der Stromversorgung verhindern soll. Männer und die Wähler der FDP und SVP hingegen befürworten eine höhere Stromproduktion im Inland als primären Lösungsansatz.

Um Strom zu sparen, möchte eine Mehrheit der Bevölkerung den Verkauf von Elektrogeräten mit Stand-by-Funktion oder mit einer Energieklasse schlechter als B verbieten. Eine Lenkungsabgabe von 20% auf den Strompreis wird von der Bevölkerung jedoch mit 73% Nein zu 15% Ja (12% Weiss nicht) klar abgelehnt.

Um die Stromproduktion im Inland zu erhöhen, möchten 51% der Schweizer Bevölkerung die bestehenden AKWs ersetzen, sobald diese ihre Lebenszeit überschritten haben. Keine Mehrheit findet jedoch der Vorschlag zusätzlich zu den bestehenden AKWs weitere zu bauen. Nur 26% würden dies guthissen.

Neben Atomstrom sollen jedoch auch alternative Energieformen gefördert werden. So möchte die Bevölkerung die Bewilligungsverfahren für erneuerbare Energien vereinfachen. Eine Mehrheit der Bürger möchte, dass die Bewilligung für Solaranlagen an Gebäuden sowie Wasser- und Windkraftanlagen nicht mehr aus Gründen des Heimat-, Natur-, oder Landschaftsschutzes verweigert werden darf.

Ausführlichere Informationen und die vollständigen Ergebnisse können abgerufen werden unter:
www.perspektive-schweiz.ch

Hauptsponsoren:



news.ch

Patronat:

Toni Brunner (SVP)
Christophe Darbellay (CVP)
Ueli Leuenberger (Grüne)
Christian Levrat (SP)
Fulvio Pelli (FDP)

Über Perspektive Schweiz:

Perspektive Schweiz ist eine jährlich stattfindende, repräsentative Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz.

Im Patronat sind mit Toni Brunner, Christian Levrat, Fulvio Pelli, Christophe Darbellay und Ueli Leuenberger die Präsidenten der fünf grössten Parteien vertreten. Initiator von Perspektive Schweiz ist der politisch neutrale Verein Vernunft Schweiz. Um die Repräsentativität der Umfrage zu gewährleisten, werden die Ergebnisse nach vier soziodemographischen Faktoren (Geschlecht, Kanton, Alter und Bildung) gewichtet.

Die Geschäftsleitung von Perspektive Schweiz setzt sich zusammen aus neun Studenten verschiedener Fachrichtungen, was für eine politische Ausgeglichenheit des Organisationsteams sorgt.

Kontakt und Interviewanfragen

Pressesprecherin: Silja Aebersold, Sonnenstr. 21, 9000 St. Gallen, 079/572 65 92
Geschäftsführer: Lawrence Ullmann, St. Georgenstr. 19, 9000 St. Gallen, 076/503 27 43